

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 18 (1966)
Heft: 22

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Protestantismus in der Sowjetunion

I.

FH. Bald ist seit der russischen Revolution ein halbes Jahrhundert vergangen. Da ist es vielleicht an der Zeit, sich zu überlegen, was in diesen Jahrzehnten dort aus dem Protestantismus geworden ist. Wie ist der ganz nur auf den Materialismus gegründete Kommunismus, der alles Religiöse als «Opium für das Volk» verwirft, mit ihm umgegangen? Die Antwort dürfte für die Zukunft des Protestantismus in allen kommunistischen Staaten von grundsätzlicher Bedeutung sein. Man kann daraus zum Beispiel ungefähr ersehen, was unser im Falle der Ausdehnung des Kommunismus auf Europa harren würde.

Der deutsche Südwestfunk hat kürzlich eine Zusammenstellung der Informationen über dieses Thema gebracht, wie wir sie in dieser Vollständigkeit noch nie gehört haben. Wir können davon nicht alle Einzelheiten bringen, doch ist dies auch gar nicht nötig, um sich über die Situation und die ganze Atmosphäre, unter denen unsere Glaubensgenossen in Russland leben müssen, klar zu werden.

Im Januar 1918 veröffentlichten die Sowjets ein Dekret über die Trennung von Kirche und Staat sowie von Schule und Kirche. Darin war immerhin ein grundsätzlich zu begründender Satz enthalten: «Jeder Bürger hat die Freiheit, jede beliebige Religion zu bekennen oder gar keine Religion zu bekennen. Jede Aberkennung von Rechten, die an das Bekenntnis einer Religion gebunden ist, ist aufgehoben». Aber das gleiche Dekret von 1918 erleichterte den Atheisten auch die Einschränkung der Kirchen und den Kampf gegen die Gemeinden. So wurde der Unterricht in Religion in allen staatlichen Unterrichtsanstalten untersagt, und private gab es keine mehr.» Alle kirchlichen Organisationen und Anstalten erhalten keinerlei Vorteile oder Unterstützung, weder von Seiten des Staates, noch seiner Glieder und Organe. Jede zwangsweise Eintreibung von Kollekten und Abgaben zu Gunsten kirchlicher oder religiöser Gemeinschaften ist verboten.» Keine kirchliche oder religiöse Gemeinschaft hat das Recht auf Besitz oder Eigentum. Aller bisherige Besitz religiöser oder kirchlicher Gemeinschaften auf russischem Territorium wird als National-eigentum erklärt. Die Gebäude und Gegenstände, die speziell zur Begehung des religiösen Kultes dienen, werden den religiösen Gemeinschaften zur kostenlosen Nutzung überlassen.»

Neben allen andern Kirchen wurden auch die evangelischen Gemeinden in Russland von diesen Bestimmungen betroffen. Sie wurden als «Volksfeinde» verdächtigt, verleumdet und verfolgt. Kirchliches Eigentum wurde eingezogen, Kirchen wurden geschlossen oder als atheistische Museen eingerichtet. In einer Kirche hing eines Tages eine rote Fahne. Darauf stand: «Gegen Gott, gegen Schnaps und das Analphabetentum».

Vor der bolschewistischen Revolution zählte allein die lutherische Kirche in Russland 230 Pfarrer. 1929 waren es 90, 1935 noch 14. 1937 wurden die beiden Letzten in Leningrad verhaftet. Nachrichten über das Schicksal der Pfarrer waren immer gleich: verhaftet, verbannt, Zwangsarbeit, verschleppt, erschossen, zum Tode verurteilt. Nach 1945 gab es auf dem Gebiet des alten Russland keine organisierte, evangelische Kirche mehr. Trotzdem war das Gemeindeleben nicht völlig erloschen. Im asiatischen Russland, am Fusse des Altai-Gebirges, wo heute noch eine Viertelmillion deutschstämmiger Siedler lebt, hatte sich der Gaube gerettet. Eltern und Grosseltern hielten ihn aufrecht. Laienprediger hielten Gottesdienste und nahmen Amtshandlungen vor.

Neuerdings haben sich wieder deutschsprachige lutherische Gemeinden in der UdSSR gebildet. In Zelinograd, inmitten des Neulandprojektes der kasakischen Sowjetrepublik, gibt es inzwischen eine amtlich registrierte, deutschsprachige, evangelische Gemeinde. Sie sammelte den Betrag für den Kauf eines Hauses, welches die Gemeindeglieder zu einem Gotteshaus mit angegliedertem Pfarrhaus ausbauten. Der Pfarrer dieser Gemeinde, Eugen Bachmann, erlebte in jungen Jahren das Schicksal der Verhaftung, Verschickung und Internierung, arbeitete dann als Wegebauer, Buchhalter und Apotheker und kam 1954 in die Gemeinde. Zwei Jahre später durfte er offiziell sein geistliches Amt ausüben. Später wurde seine Tätigkeit durch die Behörden auf die Stadt beschränkt. Die Filialgemeinden waren auf sich selbst angewiesen oder sie mussten zu ihm kommen. Er berichtet, dass in seiner Kirche sich jeden Sonntag 5—600 Menschen versammeln. Manchmal müssen Türen und Fenster geöffnet werden, damit auch die Draussenstehenden die Predigt hören können. Teils seien sie weit hergereist, um wieder einmal an einem Gottesdienst teilnehmen zu können.

Auch diese Gemeinde ist von Anfang an nicht vor Verfolgung und Verleumdung verschont worden. 1959 veröffentlichte ein deutscher Verfasser in der Moskauer Zeitschrift «Neues Leben» einen Artikel gegen Pfarrer Bachmann. Er fordere die Gläubigen im Auftrag seiner westdeutschen Auftraggeber auf, sich von allem Irdischen abzuwenden — und irdisch sei für ihn vor allem das Aufbauwerk des Sowjetvolkes — ferner nur Jesus im Herzen zu haben, nur ihm zu vertrauen und keiner irdischen Obrigkeit Glauben zu schenken.

Trotz solcher Anfeindungen, die den Gläubigen und Predigern immer wieder vorwerfen, sie seien Schmarotzer, haben sich solche kleine Gemeindegruppen behaupten können. Die grössten protestantischen Kirchen der Sowjetunion leben jedoch nicht im alten Russland, sondern sie kamen nach dem Krieg durch die Gebietserweiterungen der UdSSR hinein. Das sind die Kirchen in Estland, Lettland, Litauen und Memel. Ein seltsamer Vorgang.

Ein totalitär regiertes Land hatte das protestantische Gemeindeleben innerhalb seiner Grenzen fast völlig zum Erliegen gebracht. Dann dehnt dieses Land seine Grenze aus und erhält wieder in seinem Bereich festgefügte, evangelische Kirchen. Auch sie wurden aber von Anfang an durch die kommunistischen Behörden empfindlich reglementiert. Ihr gesamtes Eigentum wurde eingezogen, und dann zum Teil als Staatseigentum den Kirchen wieder zur Nutzung überlassen. Alle kirchlichen Gemeinschaften mussten sich durch eine politische Kommission registrieren lassen. Für die evangelischen Christen gelten, wie für alle andern, also auch die orthodoxen, die Vorschriften des «Gesetzes betreffend die Religion von 1929». Darin heisst es u. a., dass die religiösen Vereinigungen nicht prozessfähig seien. Eine religiöse Gemeinschaft kann ihre Tätigkeit erst nach der Registrierung bei der politischen Kommission für religiöse Angelegenheiten aufnehmen. Die Mitgliederliste muss ausgehändigt werden. Untersagt ist den religiösen Gesellschaften, Unterstützungs- und Hilfskassen zu bilden, und ganz allgemein die Werte, die sich in ihrer Hand befinden, zu andern Zwecken als für ihre religiösen Bedürfnisse zu verwenden und ihren Mitgliedern irgendwelche materielle Hilfe zu gewähren. In den religiösen Gebäuden und Räumlichkeiten dürfen nur die Bücher aufbewahrt werden, die für die Ausübung des betreffenden Kultes notwendig sind. Die Kultusbeamten dürfen nur am betreffenden Ort tätig sei usw., insgesamt 67, sehr einschneidende Vorschriften.

Doch trotz aller Einschränkungen leben die Gemeinden. Auch trotz der starken, staatlichen atheistischen Propa-

ganda und ihren grossangelegten Werbefeldzügen, denen das Recht zu unbeschränkten Vorlesungen, Vorträgen, zu Zeitungen, Radio, Fernsehen und Theater offensteht. Es werden dafür auch die besten wissenschaftlichen Kräfte der Partei und des Konsomol herangezogen.

Wie die evangelischen Gemeinden unter solchen Umständen ihr Leben gestalten, kann als vorbildlich gelten.
(Fortsetzung folgt.)

Die grosse Sorge (Schluss)

FH. Der abtretende Generalsekretär U Thant (kein Christ) hat die westliche Welt vor den katastrophalen Folgen ihres «wohlhabenden Provinzialismus» und ihrer «kleinbürgerlichen Kurzsicht» auf wirtschaftlichem Gebiet gewarnt. In einer andern Rede meinte er, dass, wenn wir das Atom und den Weltraum erobern können, es absurd sei, das Elend auf der Welt nicht zu meistern, und wenigstens den Hunger zu beseitigen.

Sicher hat die UNO viel in dieser Richtung geleistet. Doch vermochte sie den grossen und gefährlichen Abgrund zwischen den reichen und den armen Völkern nicht zu meistern. Und das, trotzdem aus vielen Spezialfonds nicht nur Gelder in die armen Länder fliessen, sondern auch praktische Hilfe geleistet wird, wie technischer Beistand, Erziehung und Schulung von Fachkräften (durch die UNESCO), landwirtschaftliche Ausbildung (durch die FAO), Erziehung zur Gesundheit (durch die WHO). Es wurde bis zur Erschöpfung alles unternommen, um den lokalen Arbeitskräften in diesen Nationen Wissen und Können beizubringen. Trotzdem ist die Lage immer gespannter geworden, wurden immer ungeduldiger Forderungen gestellt. Dabei wurden die Gelder durch freiwillige Beiträge der Mitglieder aufgebracht.

Man hat bei der UNO dann versucht, die Probleme durch Gründung zahlreicher zwischenstaatlicher Organisationen zu meistern. Leider sind sie so zahlreich geworden, dass sie kaum überblickt werden können. Die neueste in diesem Labyrinth ist die «UNO-Organisation für industrielle Entwicklungen» (UNOID), welche den armen Nationen die Einführung industrieller Produktion ermöglichen soll. Alle diese neuen Organisationen verlangen jedoch immer mehr Mittel, aber sowohl in Washington wie in Moskau ist ein deutliches Brummen ob den zunehmenden Kosten der UNO-Organisationen hörbar. Auch sie nicht, und auch nicht das GATT, konnten die immer drohendere Haltung der «Neuen» besänftigen. Diese glauben, nach wie vor von der Gnade der industriellen Welt abzuhängen, was sie «Neo-Kolonialismus» nennen. Sie sind überzeugt, zusammenstehen zu müssen, um endlich den bösen Westen zu zwingen, seine Goldschätze freiwillig herauszugeben. Sie haben es damit sehr eilig. Einige von ihnen hoffen auf irgendeine Zauberformel oder auf eine plötzliche Umwälzung in der Weltlage, um ihre Schulden abschütteln und ihren Hunger los werden zu können. Immerhin war die Mehrheit dieser Staaten heute doch so klug, es nicht zu einem offenen Zusammenstoss mit den grossen Industriemächten kommen zu lassen, der ihnen nur noch mehr Schaden zufügen würde.

Können die Kirchen oder ihre zentrale Organisation in Genf unter diesen Umständen bei der UNO überhaupt etwas zur Entschärfung der Lage beitragen, wie es an der Weltkirchenkonferenz verlangt wurde? Es wäre jedenfalls falsch, von vornherein dies als ausgeschlossen zu erklären. Wir glauben im Gegenteil, dass die Kirchen in manchen der vielen Organisationen der UNO durch Fachleute und Hilfspersonal eine wichtige Rolle spielen könnten. Es gibt ausserdem noch so viele Aufgaben, die von der UNO nur schlecht oder überhaupt nicht erledigt werden können,

dass die Kirchen hier rasch ein grosses Aufgabenfeld vorfinden und sehr oft mehr zur friedlichen Lösung mancher Fragen beitragen könnten, als durch die allergrössten Geldspenden. Allerdings würde dies eine genaue Prüfung der gesamten Tätigkeit der Unorganisationen voraussetzen, vor allem auch der UNESCO, wo seit langem ein wichtiger Aufgabenkreis ihrer harret. Doch darüber wird ein andermal zu sprechen sein.

Die Mauer in englischer Sicht

FH. Die Mauer, die Berlin in zwei Stücke schneidet, ist das gefährlichste Bauwerk Europas. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass ein grosses Volk sie dauernd ertragen wird. Zwar steht die gegenwärtige Generation noch stark unter dem Schock der selbstverschuldeten Katastrophe. Doch schon die nächste, die sich von jedem Verschulden frei weiss, wird anders darüber denken und aktiver handeln. Schon heute kann man unter jungen Westdeutschen hören, dass eben der von Moskau verlangte Preis bezahlt werden müsse, wenn die Wiedervereinigung mit Hilfe der bisherigen Alliierten nicht gelinge, das heisst, dass praktisch der mehr oder weniger enge Anschluss Deutschlands an den Ostblock in Kauf zu nehmen sei.

Die Alliierten können eine solche Möglichkeit nicht ins Auge fassen, und sind sich denn auch der gefährlichen Lage bewusst. Es stimmt nicht, dass der Westen sich mit der gegenwärtigen Lage Deutschlands überall abgefunden habe, trotzdem die USA intensiv in Vietnam beschäftigt sind und gegenwärtig alles zur Vermeidung eines akuten Konflikts in Westeuropa tun müssen. Selbst dort, wo man geneigt ist, den Kopf in den Sand zu stecken, hat es Deutschland in der Hand, durch Annäherungsversuche an den Osten die westlichen Geister aufzuschrecken. Das ist jedoch kaum nötig. Sowohl in der angelsächsischen Presse wie im Radio erscheinen gerade in letzter Zeit vermehrt eingehende Berichte über die deutsche Situation, die sehr genau beobachtet und verfolgt wird. Dabei besteht kein Zweifel, dass gewisse Aeusserungen in Westdeutschland, es müsse dem Osten mehr entgegenkommen werden, man solle sich vermehrt vom Westen und von der Nato abwenden, hinter diesem Interesse stehen.

So hat das englische Radio kürzlich eine Sendereihe darüber unter dem Titel «Beidseits der Mauer» begonnen. Die allgemeine Interesse verdient. Es waren dabei Leute am Werk, denen es offensichtlich darum geht, den wirklichen Tatbestand möglichst genau und fundiert darzustellen, um möglichst einwandfreies Material für eigene Entscheidungen zu erhalten.

Judith Listowell heisst die Reporterin der BBC, die sich schon seit vielen Jahren mit deutschen Fragen befasst, und vorerst in Ost-Berlin Umschau hielt. Sie befand sich am 13. August, dem 5. Jahrestag des Baubeginns der Mauer dort. Vorher hatte ihr ein nach dem Westen entfloherer Volkspolizist erklärt, dass alle Polizisten und Soldaten an der Grenze strikten Befehl haben, jeden Menschen, der sich der Mauer über einen gewissen Punkt, ca. 150 m, hinaus nähert, sofort totzuschliessen. Jeder der nicht schiesst, um zu töten, zum Beispiel nur in die Beine, wird verhaftet und hat lange Zuchthausstrafen zu gewärtigen. Er erklärte, er würde niemals seine Familie preisgegeben haben, wenn dieser Befehl nicht existieren würde.

Auch andere kommunistischen Staaten haben eine scharfe Grenzsperr mit allen erdenklichen, raffinierten und unsichtbaren Fallen errichtet, doch in Berlin ist die Lage anders. Ein Ost-Berliner drückte es so aus: «Wir sind das einzige Volk, das daran verhindert wird, mit unsern nächsten Verwandten zusammen zu leben. Gleich in dem Hause

jenseits der Mauerbrücke leben meine Grossmutter und vier Cousins von mir. Vorgestern hielt meine Schwester hier ihr Kind in die Höhe, um es ihnen zu zeigen . . .»

Die englische Reporterin erlitt beinahe einen Schock, als sie die «schmutzige aus hässlichen Ziegeln gebaute, niedrige Mauer» erstmals sah, von der sie kaum glauben konnte, dass sie den Strom der Flüchtlinge von über 3000 auf 65 im Monat herabgedrückt habe. 78 junge Deutsche wurden bis jetzt bei Fluchtversuchen getötet. Paul Fechter verblutete unter den Augen ostdeutscher Grenzpolizisten und angelsächsischer Soldaten — niemand wollte ihm aus Angst vor einem diplomatischen Zwischenfall helfen. Ein Aufstand im Westen stand dann zu befürchten, und die Mauer wurde zu sprengen versucht. Doch wurde sie wieder geflickt und steht noch immer da, verhasst, verachtet — und wirksam.

Dann stellt die Engländerin in der Sendung Betrachtungen darüber an, warum Ulbricht anlässlich des fünfjährigen «Jubiläums» der Mauer eine grosse, festliche Parade Unter den Linden inszenierte, er, dem nachgesagt wird, dass er die Sowjetabsichten erkennen könne, bevor sie nur formuliert seien. Für einen westlichen Geist schien es eine dämonische Veranstaltung, ja eine ausgesprochene Provokation der ostdeutschen Bevölkerung, die ihre Gefühle über die Mauer nie verbarg.

Allerdings, so erzählt sie, die Strassen blieben bei der Parade leer. Auf der ganzen Strecke waren höchstens ca. 3000 Menschen erschienen, darunter sehr viele Fremde. Die Lügen, die Ulbricht dabei sagte (z.B. Westdeutschland habe im August 1961 den Osten überfallen wollen) wurden nach diesem englischen Zeugnis nicht einmal von den anwesenden Ost-Berlinern ernst genommen, und die strategisch verteilten Vor-Klatscher fanden keinerlei Nachfolge; niemand äusserte Beifall. Die Abwesenheit des Publikums war so ausgesprochen, dass die Seile, welche den Paradezug sichern sollten, fallen gelassen wurden. Es war niemand da, der hätte zurückgehalten werden können. Selbst in den Arbeiterquartieren waren kaum Fahnen zu sehen, und die Strassen waren verlassen. Die Ost-Berliner hatten gegen Ulbrichts Jubelfeier über die Mauer mit dem einzigen Mittel protestiert, das ihnen geblieben war: zu Hause zu bleiben und sich nicht zu zeigen.

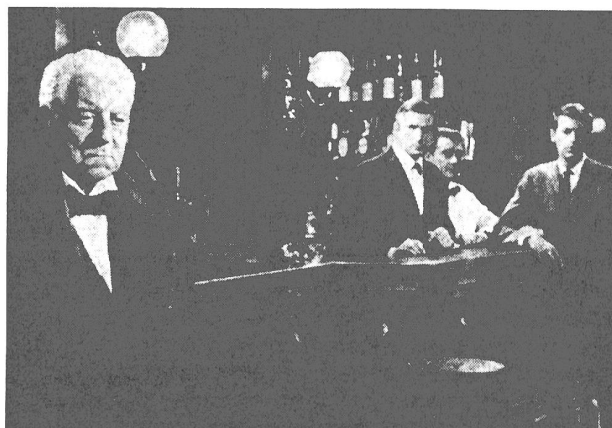
Doch war überall von Gegnern und Parteimitgliedern zu hören, dass die Mauer dem ostdeutschen Staat genützt habe. Ein junger Ingenieur erklärte der Reporterin: «Es ist wahr, dass vor der Mauer jedermann, der hier im Osten studierte, zahllose Offerten für Stellen im Westen erhielt, noch bevor er das Diplom bekam. Man erhielt bei westdeutschen Firmen dreimal mehr Gehalt als bei den ostdeutschen Staatsbetrieben. Es war aber falsch, dass die jungen Leute sich hier eine Gratis-Ausbildung verschafften und dafür im Westen einkassierten. Seitdem mussten wir mit der Mauer und den Kommunisten leben. Es wurde eine enorme Arbeit geleistet, und ich werde den Osten nicht verlassen, selbst wenn ich könnte. Ich habe ein Haus, Möbel, Fernsehapparat, Waschmaschine, und zum ersten Mal verfügt meine Familie über einen erhöhten Lebensstandard. Das ist nicht mehr die Sowjetzone, das ist Ost-Deutschland, und ich bin froh über diese Leistung.» Ein Parteimitglied erklärte: «Nach den Sowjets sind wir der mächtigste Industriestaat im Ostblock. Und was mehr ist, wir stehen unter den grössten Industriemächten der Welt an neunter Stelle. Und das alles haben wir ohne Marshall-Hilfe und ohne grossen Anleihen fertig gebracht trotz enormer Reparationszahlungen und technischer Unterstützung für andere osteuropäische Länder. Wir haben das Wirtschaftswunder vollbracht, nicht West-Deutschland.»

Durch Augenschein fand die Engländerin diese Angaben bestätigt: Ueberall gab es Verbesserungen, neue Häuser,

billigere Nahrungsmittel, Cameras, Fernsehapparate. Gute Kleider sind noch unsinnig teuer, doch sind die Leute angemessen angezogen. Die Mauer hat ihren Zweck gehabt.

Als sie es trotzdem für unbegreiflich hielt, dass Ulbricht eine Feier zugunsten der Einmauerung aufgezogen hatte, die das ostdeutsche Volk verletzen musste und von ihm boykottiert wurde, gab ihr ein junger Ostdeutscher eine Antwort, die sie für richtig hielt: «Ulbricht weiss, dass er gewonnen hat. Er wollte uns heute beweisen, dass wir seine Peitsche nicht nur zu ertragen haben, sondern dass wir sie auch küssen müssen. Diese wundervollen Alliierten im Westen unternahmen rein nichts am 17. Juni 1953, als die Sowjettanks die ostdeutschen Streikenden niederwalzten, und auch nichts, als das verzweifelte Ungarn sich 1956 erhob. Ich kann auf sie nur spucken, ihr Geschwätz von Freiheit bedeutet mir gar nichts. Ich bin sicher, dass Moskau durch die heutige Parade beeindruckt ist: Ulbricht hat bewiesen, dass sich seine Rücksichtslosigkeit bezahlt gemacht hat.» Wie jedermann war auch er der Ansicht, dass die Mauer für sehr lange Zeit bestehen bleiben würde.

(Fortsetzung folgt.)



Jean Gabin als Bandenchef spürt, dass ihm das Wasser an den Hals steigt im Film «Rififi in Paris».

Aus der Filmwelt

Vatikan

— Papst Paul VI. hat ein neues Senderhaus und drei neue Radiostationen im Vatikan eingeweiht. Einer der Sender, von 250 kW ist von Brown-Boveri geliefert worden. Ziel ist u. a. Vermehrung der Information und Unterstützung der kathol. Aktion. Geplant ist auch die spätere Verwendung von Satelliten. Gegenwärtig strahlt der Vatikan wöchentlich 430 Programme von je 15 Minuten in 32 Sprachen aus.

Deutschland

— Laut einer Mitteilung der «Filmwoche» haben die Versuche, auch in der heissen Sommerszeit geeignete Erstausführungen einzusetzen, zu guten Erfolgen geführt. Es habe sich als verstaubte Brancheregel erwiesen, alle guten Filme erst im Herbst anzufangen oder über die Zeit der grossen Festtage. — Es wäre gut, dies auch bei uns zu überprüfen, denn was diesen Sommer wieder in unsern Kinos lief, hat diesen sicher mehr geschadet als genützt. Abneigung und Widerwille gegen die Kinos ist schnell geweckt, aber den guten Willen wieder aufzubauen, braucht lange Zeit.